

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

17.5.1924 (No. 116)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedient
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. d.,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Geldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und vorbehalten ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Beilegung und Kontroversen vertritt der Anzeiger die Rechte der Redaktion. In allen anderen Fällen der Redaktion. — In Fällen von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Zwangsweiser Beilegung, Zwangsweiser Beilegung im eigenen Betrieb oder in dem anderer Lieferanten, bei der Zeitung keine Anpreisung, falls die Zeitung verspätet, in höchstem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — In allen anderen Fällen der Redaktion.

Wirtschaftliche Umschau

Eine solch schwere Belastungsprobe, wie die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die man als die Einleitung des notwendigen Krachs nach der Gründerzeit der Inflationsjahre ansehen mag, als Gesundungs-, Vereingungs- und Wiedergeburt, hat Deutschland noch nicht erlebt. Zur Verschärfung der Krise hat nicht wenig beigetragen die Übung weiterer Wirtschaftskrisen beigetragen, allzulang an den Gepflogenheiten der Inflationsjahre festzuhalten. Jetzt zeigt sich, daß es allenthalben in katastrophaler Weise an Betriebskapitalien fehlt, und nachdem die Kreditquellen nicht mehr so unbeschränkt fließen, zeigen sich Soll und Haben, so wie sie wirklich sind. Es handelt sich jetzt eigentlich um nichts anderes als um die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen der vorhandenen Kapitalkraft und dem Umfang der Kapital benötigten Geschäfte, praktisch darum, entweder so viel neues Kapital zu schaffen, wie unsere Wirtschaft benötigt oder die Wirtschaft selbst einzuschränken. Beides wird geschehen müssen, das erste durch Hebung des Exports, das zweite durch Gewährenlassen der natürlichen Selbstreinigung und Abstoßung nicht gesunder Unternehmungen. Darin aber liegt das große und außerordentlich schwierige Problem, wie wir unter Vermeidung wenigstens der allerschwersten Erschütterungen zur Gesundung kommen sollen. Es ist leider so, daß nicht nur die Ungerechten, die Inflationsbesitzer und Spekulant, sondern auch die Gerechten, die erst der Not gehorchend, zögernd und widerwillig im Verlauf der Inflationsperiode von ihren soliden Gepflogenheiten abgewichen waren und abzuweichen mußten, wollten sie nicht unter die Räder kommen, bedroht sind und betroffen werden. Noch mehr, der allgemeine Kapitalmangel macht auch den solidesten Neuaufbau augenblicklich unmöglich und hemmt und verhindert die Finanzgriffnahme der dringendsten sozialen Aufgaben, wie die des Wohnungsbaues.

Die Bankwelt klagt wohl mit Recht darüber, daß sie durch recht laxen Auffassungen über Zahlungsverpflichtungen weiter Handels- und Industriezweige in eine immer schwierigeren Lage komme, daß Fälligkeiten, mit dem Hinweis auf Nichteingang von Zahlungen nicht prompt erfüllt werden und daß dadurch häufig geradezu ein Zwang zur Kreditverweigerung ausgeübt werde. Da aber die zu Kreditzwecken zur Verfügung stehenden Summen begrenzt sind und dadurch natürlich nicht größer werden, ergeben sich weitere Erschwerungen und es kam vor, daß Banken tatsächlich Schecks über verhältnismäßig so geringe Summen von 1000 Mark im Augenblick nicht zu honorieren imstande waren.

Obendrein leidet unsere Wirtschaft auch unter den bekannten anderen schwersten Belastungen, den schweren staatlichen Steuerlasten, den nicht aufgehören wollenden sozialen Kämpfen, der andauernden weiteren Kapitalverminderung herbeiführenden Unterbilanz des deutschen Außenhandels, den ungeheuren durch die Franzenspekulation entstandenen Verlusten, die auf 400 Millionen Goldmark geschätzt werden und Zahlungsverbindlichkeiten ans Ausland darstellen, dem sich infolge zahlreicher Insolvenzen steigenden geschäftlichen Mißtrauen.

Vor allem muß jetzt konsequent auf eine Besserung der deutschen Außenhandelsbilanz hingearbeitet werden. In Deutschland sind recht erhebliche Warenbestände aufgebraucht und früher oder später werden sich unter dem Eindruck der heutigen Wirtschaftslage ihre Besitzer gezwungen sehen, sie abzustufen, und zwar vor allem nach dem Ausland, wo wir durch billigere deutsche Waren wieder konkurrenzfähig werden müssen. Aber auch den Inlandsabsatz wird man nur unter solcher Voraussetzung steigern können, denn die Kaufkraft ist in allen Kreisen vermindert, selbst denen, die während der Inflationszeit, weil sie unmittelbar an der Börse und am Warenhandel interessiert waren, am glücklichsten dastanden. Und eine künstliche Hebung der Kaufkraft, die auf eine neue Inflation hinauslaufen würde, ist aus den bekannten Gründen nicht möglich.

Die deutsche Wirtschaftskrise kommt zurzeit in größtem Umfang nicht so sehr in richtigen Konjunktur- und offiziellen Anmeldungen der Insolvenzen zum Ausdruck, als in der Beantragung der sog. „Geschäftsaufsicht“. Diese Institution, die zu Beginn des Krieges eingerichtet wurde und im Februar dieses Jahres eine Neuordnung erfährt,

kann nur dann eintreten, wenn die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung als Kriegsfolge oder als Folge der aus dem Krieg erwachsenen wirtschaftlichen Verhältnisse anzupreisen ist. Darunter fallen also auch Zahlungsverbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit der Marktstabilisierung, natürlich nicht solche, die durch verfehlte Valutaflektionen eingetreten sind. Der Zweck der Geschäftsaufsicht ist, dem Schuldner Frist zu geben, in absehbarer Zeit seine Verbindlichkeiten abzutragen, wenn dazu die Aussicht besteht oder wenn der Konkurs durch ein Abkommen (Zwangsvergleich) mit den Gläubigern abgemindert werden kann. Die Verhängung geschieht auf Antrag beim zuständigen Amtsgericht, das vor der Entscheidung die zuständige amtliche Berufsvertretung gutachtlich hört.

Die Geschäftsaufsicht bietet somit ein Mittel, unerschuldeter in der gegenwärtigen Krise in Schwierigkeiten geratene Unternehmungen zum Nutzen des Gesamtvolks, wie auch der Arbeiter- und Angestelltenchaft zu erhalten. Freilich widerspricht es dem eigentlichen Zweck und Sinn der Geschäftsaufsicht, der heute nicht mehr der gleiche sein kann wie einst, wenn in übermäßig liberaler Anwendung davon Gebrauch gemacht würde, denn es ist klar, daß die Inflationszeit viele Firmen in die Höhe kommen hat lassen, deren Erhaltung einfach nicht möglich ist, nachdem durch die Stabilisierung die Währung das spekulative Moment aus dem Geschäftsleben in weitgehendem Umfang ausgeschaltet ist. Die Bestimmung, daß Vorkauf zur Regelung der Verbindlichkeiten bestehen muß, schiebt jedoch den wünschenswerten Riegel vor, ebenso wie die Beaufsichtigung der Geschäftsführung des Schuldners, die durch geeignete Persönlichkeiten zu geschehen hat und nicht mehr als ein Jahr betragen darf.

Der Deutsche Zentralgiroverband (Organisation der Deutschen Girozentralen) und seine Bankanstalt, die deutsche Girozentrale (Deutsche Kommunalbank) veröffentlicht jetzt ihren Geschäftsbericht für 1923, der ausführlich die Folgen der Geldentwertung schildert und mitteilt, daß das Betriebskapital, ebenso wie die Sicherheitsrücklage durch die Inflation vermindert wurden und nun mit dem Reingewinn von 484 000 M. an die Neubildung des Betriebskapitals gegangen wird, dem nach Aufstellung der Goldbilanz auch ein Teil der stillen Reserven zuzuführen wird. Weiteres Betriebskapital soll von den Einzelgirozentralen eingefordert werden, um es wieder auf eine der Bedeutung der Bankanstalt entsprechende Höhe zu bringen.

Auf die Deutschen Giroverbände (die Vereinigungen der kommunalen Sparkassen zu wirtschaftlichen Zwecken, während die Sparkassenverbände verwaltungstechnische Reformen anstreben) ist durch einen neuen bedeutenden Zusammenschluß die Aufmerksamkeit wieder gelenkt worden. Vor einiger Zeit wurde das Aufgeben des deutschen Sparkassenverbandes und des Verbandes der deutschen Kommunalbanken im Deutschen Zentralgiroverband beschloffen, der nun somit die Führung hat. Die deutschen Girozentralen sind in erster Linie Geldausgleichsstellen, welche die Aufgabe haben, verfügbare Geldbestände von Sparkassen durch die Zentrale anderen geldbedürftigen Sparkassen nutzbar zu machen, so daß nicht mehr wie in früherer Zeit Sparkassen mit starkem Geldbedarf Bankkredite aufnehmen müssen, während andere Sparkassen gegen verhältnismäßig geringe Zinsen ihre überflüssigen Vorkasse mitunter der gleichen Bank überließen. Die weiteren Aufgaben der Girozentralen liegen in der Pflege des Kommunalkredits und der Verbindung der Gemeinden und Gemeindeverbände und ihrer Sparkassen mit dem großen Geldmarkt. Strittig ist, ob die Girozentralen sich auch der Zahlungs- und Kreditvermittlung innerhalb der privaten Wirtschaft zuwenden sollen. Das Risiko des privaten Bankgeschäfts steht dem entgegen, da letzten Endes bei Verlusten die gemeindlichen Steuerzahler aufkommen müssen. Man darf jedoch wohl sagen, daß eine vorsichtige und maßvolle Betätigung der Girozentralen im privaten Kreditgeschäft trotzdem durchaus wünschenswert ist, daß aber ihre Hauptbetätigung auf kommunal-finanziellem Gebiet zu liegen hat, wo ihre wichtigsten Aufgaben beim deutschen Wiederaufbau liegen.

Die Reichsbeziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach Feststellung des Statistischen Reichsamtes für den 14. Mai auf das 1,16-fache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vormoche (1,15 Millionen) ist demnach eine Steigerung von 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Die außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen der badischen Staatsverwaltung

Für die Rechnungsjahre 1924/25

In dem gestern bereits besprochenen Staats-Boranschlag — der übrigens ziemlich umfangreich ist, denn er umfaßt nicht weniger als 206 Folio-Druckseiten — ist die Nachweisung über die außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen wie folgt detailliert:

Als Ausgaben werden ange schlagen:

Ministerium des Innern. Anteiliger Aufwand des badischen Staates für die durch innere Unruhen innerhalb des Landesgebietes verursachten Schäden 40 000 M.; für Erwerbung eines Anwesens als Polizeiamt in Waldshut 45 000 M.; Versorgung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg und der Landwirtschaftsschule Augustenberg mit elektrischer Kraft 25 000 M.; Darlehen des Landes Baden an einzelne Gemeinden zur Abdeckung ihrer Milchschulden, V. Teilforderung 308 000 M.; Darlehen des Landes Baden an einzelne Gemeinden zur Abdeckung der im öffentlichen Interesse eingegangenen Viehschulden, I. Teilforderung 74 000 M.; für Bearbeitung der auf 1. September 1924 geplanten Fällung aller gewerblichen Betriebe und Handelsbetriebe, die der Gewerbeaufsicht unterstehen 10 000 M.

Justizministerium. Errichtung einer neuen Heizanlage im Zuchthaus Bruchsal 100 000 M.

Ministerium des Kultus und Unterrichts. Größere Instandsetzungsarbeiten an der Universität Heidelberg 55 000 M.; desgleichen an der Universität Freiburg 25 000 M.; Staatsbeihilfen an Gemeinden a) zu Schulhausbauten (Volksschulen) 55 000 M.; b) zu baulichen Herstellungen für Fortbildungsschulen 25 000 M.; zur Förderung der Jugendpflege a) Beihilfen zum Bau von Jugendheimen, Spielplätzen und Turnhallen 40 000 M.; b) Förderung des badischen Jugendherbergsnetzes 5000 M.; c) Beihilfe an die badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung 5 000 M.; Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen 20 000 M.; Instandsetzungsarbeiten am Münster in Überlingen 16 000 M.

Arbeitsministerium. Erholungsfürsorge für Kinder 200 000 M.; KinderSpeisung (badischer Anteil) 100 000 M.; Landesfondsaufwand für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge 20 000 M.; Verbilligung von Mahlzeiten für bedürftige Volkskreise (VolksSpeisungen) 100 000 M.; Beihilfen zum Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge 300 000 M.; Arbeitgeberzuschüsse des Staats zu den Wohnungen für seine Beamten und Arbeiter 400 000 M.; Beiträge des Staats zur Förderung des Wohnungsbaues 25 000 M.; Grundstücksverkehr nach dem Reichsiedlungsgesetz 100 000 M.; Verbilligung der Beschaffung von Hausrat 200 000 M.; Baudarlehen 800 000 M.; Pflasterung von Landstraßen 250 000 M.; Renditekorrektur abwärts Erlach, zweite Anforderung für die I. Ausbaustufe (See grabenkanal) 110 000 M.; Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeinewege 50 000 M.; Unterstützungen zur Förderung v. Kulturunternehmungen 500 000 M.

Finanzministerium. Für die Erstellung neuer Beamtenwohnhäuser 617 250 M.; Ablieferung von Solzeinnahmen an den Domänengrundstock 300 000 M.; Wiederaufbau des Ronibofes (Wirtschaft zum Auerbahn) im Ma 150 000 M.; für bestehende Nebenbahnen 60 000 M.

An Einnahmen registriert

Ministerium des Innern. Darlehen des Landes Baden an einzelne Gemeinden zur Abdeckung ihrer Milchschulden, V. Teilbetrag 104 000 M.; Darlehen des Landes Baden zur Abdeckung der im öffentlichen Interesse eingegangenen Viehschulden, I. Teilbetrag 74 000 M.

Arbeitsministerium. Ersatz an dem Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge 50 000 M.; Grundstücksverkehr nach dem Reichsiedlungsgesetz 100 000 M.; Verzinsung u. Rückzahlung der der Hausratgesellschaft Bad. Baubund, G. m. b. H. Karlsruhe bewilligten Darlehen 100 000 M.

Finanzministerium. Solzeinnahme für den Domänengrundstock 300 000 M.; Ersatz der Grundstockverwaltung für die zu ihren Lasten borgegebenen Aufwendungen 176 000 M.

Politische Neuigkeiten

Die Regierungsbildung im Reich

Im Reichstag traten am Freitag die Führer der Parteien der Mitte: des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zu einer vertraulichen Besprechung über die schwebenden politischen Fragen zusammen, an der auch neben dem Reichsminister Marz die Minister Stresemann und Dr. Brauns teilnahmen. — Zu den Besprechungen teilen die Blätter mit, daß die vertretenen Parteien ihre Haltung gegenüber den Deutschnationalen in der Frage der Regierungsbildung davon abhängig machen, wie diese sich zu den außenpolitischen Fragen stellen wird. Nach dem „Berl. Lokanz.“ soll davon die Rede sein, daß die bürgerlichen Mittelparteien ein außenpolitisches Programm ausarbeiten, das als Grundlage bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen dienen könnte. Die Besprechungen haben ergeben, daß der Gedanke der Bildung der Fraktionsgemeinschaft der Mitte nicht mehr durchführbar sei, nachdem die Fraktion der Deutschen Volkspartei ihn als undurchführbar abgelehnt habe. Die Parteiführerbesprechung soll am Montag fortgesetzt werden. Inzwischen werden innerhalb der einzelnen Fraktionen Beratungen stattfinden.

Wie von der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei zu der vom WTB. verbreiteten Erklärung über die Haltung der Reichsregierung in der Frage der Regierungsbildung mitgeteilt wird, hat die Deutschnationale Volkspartei durch eine Unterredung des Staatsministers a. D. Hergt mit einem Vertreter des „Lokal-Anz.“ vom 6. März über ihr Programm Auskunft gegeben. In den weiteren Erörterungen sei durchaus keine Inklarheit gelassen worden. Sie sei selbstverständlich bereit, den zuständigen Stellen, wie etwa dem Reichspräsidenten oder den Führern anderer Parteien darüber hinausgehende Erklärungen jederzeit abzugeben. — Gegenüber dieser Erwiderung wird durch das WTB. nochmals festgestellt, daß die deutschnationalen Parteiführer in der Besprechung mit dem Reichsminister und dem Reichsminister der Finanzen gegen die Ausführungen des letzteren keine sachlichen Einwendungen gemacht haben. Es sei leider nicht richtig, daß über das deutsche nationale außenpolitische Programm durch das bekannte Interview Hergts und die weiteren Erörterungen Klarheit geschaffen worden sei.

Von den Erklärungen der deutschnationalen Parteileitung befürchtet man in unterrichteten Berliner Kreisen, wie parteipolitische Blätter melden, eine geradezu katastrophale Außenpolitik. Von Paris aus drängt man auf Fertigstellung der Gesandtschaften, in Deutschland selber sehnen sich Industrie, Handel und Gewerbe, die ihre Betriebe nur mühsam noch aufrechterhalten können, nach dem Abschluß der Aktion, von der sie nicht zu unrecht erwarten, daß sie der entscheidenden Geldknappheit ein Ende setzen möchte. Auf alle diese Hoffnungen und Erwartungen muß die Erklärung der Deutschnationalen, daß sie keinerlei Abmachungen der bisherigen Regierung als für sie bindend anerkennen werden, geradezu wie ein Keulenschlag wirken. Auf alle Fälle wird, das Kabinett Marz erst zurücktreten, wenn der Reichspräsident weiß, wie die Abfertigung aussieht. Man würde es für ein Verbrechen am Reich halten, wenn man in der gegenwärtigen Situation dem Ausland wieder das Beispiel einer 10—14tägigen Regierungs-Lücke bieten wollte.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau

Die dreitägigen Verhandlungen über den Arbeitsstreik im Ruhrbergbau sind Freitagabend in Berlin beendet worden. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist ein Schiedspruch gefällt worden.

Der Schiedspruch verlängert den Tarifvertrag vom 1. 8. 1922 im wesentlichen bis zum 30. Juni 1925. Die Arbeitszeitbestimmungen des Rahmentarifvertrages bleiben aufrechterhalten. Die Mehrarbeit für die Untertagearbeiter und der unmittelbaren an der Förderung beteiligten Arbeiter über Tage beträgt eine Stunde, in durchgehenden Tagesbetrieben beträgt sie bis zwei Stunden. Die Arbeiter in besonders schwierigen Verhältnissen sind davon ausgeschlossen. Von der Wiedereinstellung sollen nur Arbeitnehmer ausgeschlossen werden, die schwere Verfehlungen begangen haben. Die Löhne werden durch den von den Arbeitnehmern angenommenen Schiedspruch kürzlich um 15 Prozent erhöht. Die Parteien müssen sich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches noch äußern.

Der „Vorwärts“ teilt mit, daß die Ruhrbergarbeiter bereits heute in einer Revierkonferenz zu dem Schiedspruch Stellung nehmen werden. Im übrigen zählt das Blatt die Vorteile auf, die den Bergarbeitern durch den Schiedspruch erwachsen, überläßt ihnen aber die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Spruches. — Die „Rote Fahne“ dagegen setzt sich für eine Ablehnung ein und fordert die Bergarbeiter auf, den Kampf um die Siebenstundenschicht fortzusetzen.

Badisches Landestheater

Salome

Der Gesamteindruck der ebenfalls zur Straußwoche neu einstudierten „Salome“ war ein vorzüglicher, doch gebührt das Lob in der Hauptsache den drei Gästen, durch deren Mitwirkung die gestrige Vorstellung erst ermöglicht wurde. Emma Doll vom Frankfurter Opernhaus ist allerdings eine so bühnenwirksame, stimmlich wie darstellerisch gleich bedeutende Vertreterin der Hauptrolle, daß durch ihre raffige Silhouette der Charakter weit über den Durchschnitt gehoben wird und selbst dann noch festhält, wenn so mancherlei darin dem gesunden Empfinden widerspricht. Als Herodias verstand E. Färber-Straßer sich gebührend in den Vordergrund zu stellen, ohne aufdringlich zu wirken. G. G. Rothmel war als Page stimmlich gut, doch im Spiel noch unbeholfen. Von den Herrenpartnern ist der Narraboth des Dr. Fritz Lang seiner trefflich gebildeten Stimme und nuancenreichen Darstellung wegen zuerst zu erwähnen. Von hiesigen Kräften wirkten mit: Hub. Wehrauch (Jochanaan), N. Balve (Herodes). Die Befehle des Judenquintetts entsprach durchaus den Anforderungen. Der zweite Soldat (A. Karlinger) kam vom Nationaltheater Mannheim, das wohl auch die nötige Verstärkung geschickt hatte. Fritz Cortalezis verstand, alle fremden und einheimischen Kräfte für den Erfolg des Ganzen zusammenzuführen und der Vorstellung, deren Regie E. Stang besorgte, einen Eindruck von hohem Reiz zu sichern. Der Verkauf des fast ausverkauften Hauses war dementsprechend stark.

Landestheater. In der heute stattfindenden Uraufführung des Spiels „Der Schild des Achilles“ von Wilhelm Jenner wirken in Hauptrollen die Damen Müller und Wurhammer, sowie die Herren Dahlen, Gemmede, Herz, Kaiser, Koelle, Müller und von der Trend-Ulrici mit. Der Verfasser, Herr Dr. Wilhelm Jenner, wird der Uraufführung seines Werkes beiwohnen.

Der Deutsche Werkbund hält vom 24. bis 26. Juni hier seine Jahresversammlung ab. In die gleiche Zeit fällt bekanntlich der Deutsche Gastwirtstag.

Der deutsch-russische Konflikt

Wie die Blätter mitteilen, enthält die von der russischen Regierung in Berlin überreichte Note folgende drei Forderungen: Exterritorialität der russischen Handelsvertretung, Bestrafung der schuldigen Beamten und Entschädigung der angeblich zu Schaden gekommenen Russen. Der Vorschlag der deutschen Note, den Konflikt in einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu erledigen, wird nicht erwähnt.

Von der Reichsregierung ist bereits mehrfach erklärt worden, daß der russischen Handelsvertretung die Exterritorialität nicht zugestanden werden könne. Die Kommunisten haben zum Überflus inzwischen die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zur Besprechung der Vorfälle der russischen Handelsdelegation beantragt, ein Verlangen, dem jedoch kaum stattgegeben wird.

Der Berliner politischen Polizei ist es jetzt gelungen, den Kommunisten Bogenhardt zu verhaften, der durch seine Flucht der Anlaß zu der Hausdurchsuchung in der Berliner kommunistischen Handelsvertretung und zu dem daraus entstandenen deutsch-russischen Konflikt gab. Bogenhardt hielt sich seitdem in der Wohnung eines Angehörigen der russischen Handelsvertretung namens Lehmann auf. Die Polizei umstellte unauffällig das Haus und drang völlig unerwartet in die Wohnung ein. Mit Bogenhardt, der, wie jetzt einwandfrei festgestellt ist, im Dienste der russischen Handelsvertretung steht und trotzdem der deutschen kommunistischen Tsjeta angehört (!) wurde auch seine Braut und Lehmann verhaftet. Die Verhaftung Bogenhardts und die eigenartigen Umstände unter denen sie erfolgte, dürfte wohl die Moskauer Sowjetregierung betanlassen, ihre weitgehende Genugtuungsforderung um einen Pfad zurückzuziehen. Die deutsche Regierung dürfte zunächst die russische Note nicht beantworten.

Das Urteil im Stuttgarter Separatistenprozess

WTB. Stuttgart, 16. Mai. In der Verhandlung von dem Staatsgerichtshof gegen die pfälzischen Separatisten sagte der Angeklagte Emil Balz aus, ein Separatistenführer habe in einer Fabrik in Ludwigshafen mehrere Arbeiter, darunter auch ihn, zum Werkflug für die Fabrik angeworben. Sie seien dann im Auto nach Speyer gefahren, von den Separatisten dort freundlich empfangen und bewaffnet worden. Am anderen Tage zogen sie nach dem Regierungsgebäude, wo die grün-weiße Flagge gehißt wurde, und er Kosten stehen mußte. In dem Gebäude gab es viel Wein und reichliches Essen. Als eine Menschenmenge sich vor dem Gebäude angeammelt hatte, habe er den Auftrag erhalten, sie zurück zu treiben. Das habe er höflich getan, ohne jemanden mit Erbschießen zu drohen oder mit dem Kolben zu schlagen. Später sei er desertiert und in seine alte Fabrik in Ludwigshafen wieder eingetreten. Dort mußte er sich, aus Angst wegen seiner Desertion erschossen zu werden, den Separatisten wieder anschließen. Er sei auf einem Lastauto zum Finanzamt Ludwigshafen gefahren worden, das indessen bereits vermintet war. Hier habe ihm einer zwei Scheidbücher gegeben und er habe aber nur aus Langeweile, ohne die Absicht, das Geld abzuholen, einige Scheide ausgefüllt. Er sei dann wieder entflohen und in Mannheim verhaftet worden.

Der Angeklagte Steinbrecher, wegen Trunksucht aus der Anilinfabrik entlassen, sagte aus, er sei im Juni 1923 bei der französischen Eisenbahnregie in Ludwigshafen eingetreten, weil er keine andere Stelle gefunden habe. Er habe täglich 12 Stunden gearbeitet. Durch Vermittlung eines Kollegen sei er dann mit den Separatisten zusammengekommen und habe sich eine Mitgliedskarte geben lassen. Als Agitationsredner habe er sich nicht empfohlen, auch nie eine grün-weiße Binde getragen, sondern nur seine eigene Weste.

Bei der Verlesung protokollierter Zeugnisaussagen wird hierauf die Öffentlichkeit ausgeschlossen, die Presse jedoch unter Schweigepflicht zugelassen. Damit war die Beweisaufnahme beendet.

In der Nachmittagsitzung wies der Reichsanwalt Better in seiner Anklage darauf hin, daß nach dem Fehlschlagen des hochverräterischen Unternehmens des Sozialdemokraten Hofmann General de Metz sich auf die neuen Lösungsbestrebungen stütze, die vom Rheinlande her auf die Pfalz übergriffen. Es sei erwiesen, daß die Franzosen an die Separatisten Waffen verteilten und ihren Einzug in die Pfalz erleichterten, nachdem sie vorher die deutsche Pfalz entwohnt hätten. Der Oberreichsanwalt sprach sich gegen die Gewährung mildernder Umstände aus und betonte auch die ehrlöse Gefinnung der Angeklagten, die dem Erbfeinde in die Hände arbeiteten. Man müsse dem Pfälzer Volk gerecht werden. Seine Gesamtheit säue auf den Staatsgerichtshof. Die Pfalz habe eine Leidenszeit durchgemacht wie noch kein Volk, aber weder Judentum, noch Peitsche habe die Pfälzer wanken gemacht.

Der Vorsitzende erklärte vor der Befanntgabe des Urteils, daß die Feststellungen des Oberreichsanwalts als erwiesen anzusehen seien, und die Angeklagten wegen Beihilfe zum

Hochverrat zu verurteilen seien. Wildernbe Umstände seien nicht gewährt worden, weil man Deutschen, die mit Hilfe des Erbfeindes Hochverrat begehen, der allgemeinen Verachtung preisgeben müsse.

Das Urteil lautet gegen Gölcher auf 6 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust, gegen Giehler, Balz und Steinbrecher auf je 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Wagner auf 5 Jahre 6 Monate und eine Woche Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Fetz und Wild auf je 4 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust, gegen Rees auf 3 Jahre Zuchthaus und außerdem gegen sämtliche Angeklagten auf 500 M. Geldstrafe, im Falle der Unbeibringlichkeit auf einen weiteren Monat Zuchthaus, der jedoch durch die Unterfuchung als verfehlt zu erachten ist, ferner auf Tragung der Kosten des Verfahrens.

Das endgültige amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen bestätigt im wesentlichen die bereits gemeldeten Stimmengängen und Mandate. Lediglich auf die Reichstimmern entfallen nach den endgültigen Auszählungen 10 Mandate. Statt der bisher gemeldeten 9. — Der Reichstag umfasst 472 Mitglieder, die sich wie folgt auf die einzelnen Parteien verteilen: Vereinigte Sozialdemokratische Partei 100, Deutschnationale Volkspartei 95, Zentrum 65, Kommunisten 62, Deutsche Volkspartei 45, Deutschpolnische Freiheitspartei 32, Deutsch-Demokratische Partei 28, Bayerische Volkspartei 16, Bayerischer Bauernbund 10, Landliste 10, Deutsch-Hannoversche Partei 5 und Deutsch-Soziale Partei 4.

Kurze Nachrichten

Ein deutsch-französischer Zwischenfall. Die Blätter melden aus Hufingen im Taunus: Etwa 1000 Meter diesseits der Grenze des besetzten Gebietes wurde zwei französische Soldaten in Uniform dabei betroffen, wo sie mit Sprengstoffen füllten. Als ein Förster sie auf die Ungefehrlichkeit ihrer Handlung aufmerksam machte, ging einer der Soldaten dem Förster sofort mit dem Messer zu Leibe. Der Sohn des Försters schoß auf den Angreifer und verletzte ihn schwer. Die Franzosen haben den Verletzten über die Grenze in das besetzte Gebiet geschleppt. Die deutschen Behörden haben eine Unterfuchung des Falles eingeleitet.

Dr. Schaht in London. Nach einer holländischen Meldung der „Times“ hält sich der Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schaht in London auf, um wegen einer Kreditgewährung an Deutschland zu verhandeln.

Der Bundesauschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich laut „Vorwärts“ mit dem allgemeinen Kampf um den Achtstundentag und die Aussperrung der Bergarbeiter. Der Bundesauschuss stellt sich einmütig hinter die Forderungen des Bergarbeiterverbandes und sichert den ausgesperrten Bergarbeitern volle Unterstützung zu.

Dem braunschweigischen Landtag ist eine Vorlage zugegangen, wonach das ehemalige herzogliche Haus in der Hauptsache das Schloss zu Braunschweig, die zum ehemaligen Hofgärtner gehörigen Parken, die Güter Heimburg, Hefsen und Nichtenberg einschließlich der bei Hefsen und Nichtenberg gelegenen Forsten, ferner das Gestüt zum Hamburg erhalten soll. Dafür erkennt das ehemalige herzogliche Haus an, daß es auf das Kammergut und die hiesige Hofstatt, die sich im Eigentum des Staates befindet, keinen Rechtsanspruch erhebt. Eine besondere Regelung ist hinsichtlich des Landesmuseums und der Landesbibliothek vorgesehen.

Die deutsche Sprache im französischen Parlament. Der in Metz gewählte kommunistische Abgeordnete Kuster, beabsichtigt, seine erste Rede in der französischen Kammer in der deutschen Sprache zu halten. Er behauptet, die deutsche Sprache sei die einzige, die er gründlich kenne, und er sei nicht imstande, an einer Debatte in französischer Sprache teilzunehmen. Der „Matin“ erklärt, dann sei er nicht fähig ein Mandat auszuüben, und seine Wahl müsse für ungültig erklärt werden.

Der König und die Königin von Italien werden am 26. Mai in London eintreffen. Der Prinz von Wales wird sie in Dover bewillkommen. Von Dover wird die italienische Königsfamilie nach London weiter reisen.

Der Kronprinz von Rumanien ist zu einem offiziellen Besuch in Paris eingetroffen.

Das Unterhaus hat den Antrag auf Nationalisierung der Bergwerke in zweiter Lesung mit 264 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

Attentat auf den chinesischen Außenminister. Ein unbekannter Mörder ließ im Hause des Außenministers Wellington Koo in Peking eine Schachtel zurück mit dem Bemerkten, sie enthalte Gegenstände für Koo's persönlichen Gebrauch. Koo ordnete an, die Schachtel zu öffnen. Als ein Diener den Deckel abnahm, explodierte eine in der Schachtel befindliche Bombe und verletzte den Diener.

Karlsruher Konzerte

Ein exzeptionelles Ereignis fand am Ausgang der Woche: die Berliner Philharmoniker kamen in der Gesamtstärke von rund 90 Mann, um unter Generalmusikdirektor Wilhelm Furtwänglers Leitung ein Sinfoniekonzert zu absolvieren. Es gehörte in erster Linie der rührigen Konzertdirektion Neufeldt Dank, daß sie diesen seltenen Genuß, der gar kein geringes finanzielles Risiko in sich barg, ermöglichte und damit dem Konzertleben abermals zu einem künstlerischen Höhepunkt verhalf. Das Programm war geschickt auf der Kombination Brudner — Strauß — Wagner aufgebaut. Brudners Vierte in Es-Dur, die sogenannte „Romantische“ Sinfonie, machte den Anfang. Furtwängler hatte seiner Interpretation vorwiegend eine plastische Ausdeutung ihres Nuancenreichtums zugrunde gelegt und damit an die Aufmerksamkeit des Durchschnittshörers gleich ganz gewaltige Anforderungen gestellt. Es gab also weniger kontinuierliches als feinst herausgearbeitete Einzelabschnitte, gerade bei Brudner eine gewagte Sache, wenn sich solcher Aufgabe nicht ein sehr gewiegener Erwecker und Verkünder unterzieht. Aber darin gipfelt ja Wilhelm Furtwänglers Bedeutung als genialer Stadtführer, daß trotz alledem ein Energiezentrum an das Kult eingeschaltet ist, auf dessen suggestive Meisterhaftigkeit Orchester wie Hörer intensiv reagieren. Nach der epischen Breite und zu Gott gelehrten Weise Brudners kam Strauß, der echte Weltmann, mit seinem led hingeworfenen „Don Juan“. Die Wiedergabe war auf größtes Schwung der melodischen Linien und unerhörten Wohlklang eingestellt. Besäßen die Philharmoniker nicht schon längst ihr weltberühmtes Renommee, so müßte man es ihnen und ihrem großzügigen Dirigenten nach dieser faszinierenden Leistung unbedingt aussprechen. Letzte Bestätigung ihres meisterlichen Könnens bot endlich das „Meisterfingerring-Spiel“, nach welchem so impulsiv gependeter Wechsel kostbar, daß neben dem Dirigenten auch wiederholt die allzeit bereiten Orchesterleute sich erheben mußten, die mit ihren ganz erlesenen Qualitäten ihn in seinen künstlerischen Absichten aufs Bedeutsamste unterstützten.

Das Frühkonzert der „Liederhalle“ machte insofern schon äußerlich einen vortrefflichen Eindruck, als die Vortrags-

folge nur zwei Komponistennamen aufwies. Vorbildlich war aber auch die Musikkultur, die der starke Männerchor in gehaltenen Liedern von R. Schumann und C. Löwe zeigen konnte. Man hört leider nur selten so ausgeglichene Männerstimmen und so saubere Intonation. Der aufstrebendzielbewusste Grundzug in Hugo Mahlers Chorregie und Chorleitung nötigt immer wieder zu Respekt und Bewei, auf welcher hohen künstlerischen Stufe eine bewährte Kraft noch so rauhe Männerchöre zu bringen vermag. Solistisch fügte sich Dr. G. Wucherpfennig mit Violen und Celladen der beiden genannten Meister vortrefflich in den Rahmen des Konzertes, das außerdem die Herren Voigt, Pracht, Keilberth und Rabner durch eine Instrumentalbeilage (Klavierquartett Es-Dur von Schumann) bereicherten.

Im XIII. Kammerkonzert M. Voigt-Schweizers ließ sich der namhafte Münchner Pianist und Klavierpädagoge Prof. L. Schmid-Rindner hören. Das von der Schablone angenehm abweichende Programm verriet sein künstlerischen Sinn. Leider war es mir nur möglich, die Durchsichtigkeit der Gestaltung und die treffliche Filigrantentechnik des Spielers in ihm zum Teil selbst für Klavier übertragene Miniaturwerken Bachs und einer Mozartsonate zu bewundern. Denn während er darauf Schuberts nachgelassene A-moll-Sonate begann und noch einige Negersachen spielte, riefen Referentenpflichten zu einem zweiten Münchner Gast: Clara Ebers trat zum ersten Mal vor das Licht der Öffentlichkeit in einem Liebes- und Ariensong. Ihr gut beanlagter Sopran scheint zum Biergesang prädestiniert; die Höhe klingt leicht, doch gebricht es der Stimme noch an gewisser Farbigkeit. Entfernte Ähnlichkeit weist die junge Koloraturjägerin mit S. Vosteti auf, an deren sicheren musikalischen Instinkt man unwillkürlich erinnert wird. Bis sie die elektrisierende Wirkung von deren eminenten Virtuosität erreicht, wirds freilich noch eine Weile dauern, doch soll ihr immerhin begünstigt werden, daß sie ihre Zuhörerschaft zu begeistern verstand. Einen Beweis beweiswürdiger Lebenskraft und frische erbauchte Amelie Klose, die den ganzen Abend aus dem Gedächtnis begleitete und einige Stücke von Chopin und Fauriel beisteuerte. S. Sch.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Karlsruhe, 16. Mai

(Nachmittags-Sitzung)

Die Aussprache über das Finanzgesetz

wird fortgesetzt.

Abg. Gaebler (Soz.) nimmt seine Partei gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie schuld sei an der Entgegnung weiter Kreise unseres Volkes. Diese müsse auf die Kriegs- und Ruhestampfpolitik zurückgeführt werden.

Abg. Fischer-Reihenheim (Landbund) geht auf den Streit um die Landabgabe ein. Er findet lebhaften Widerspruch bei den Linken und im Zentrum, da er Helferlich als den Vater der Rentenmark bezeichnete.

In den weiteren meist parteipolitischen Auseinandersetzungen beteiligten sich die Abg. Dr. Hanemann (Dnl.), Gebhardt (Landbund), Schmidt-Breiten (Dnl.), Wittenmann (Ztr.) und Hüger (Ztr.).

Eine große Rolle, in der durch reichliche Zwischenrufen gespielten Debatte, spielt die frühere Behandlung der Fiskalfrage, der Kampf gegen die Landabgabe und die Helferliche Finanzpolitik. — Schließlich wird das Gesetz mit allen gegen 9 Stimmen (Landbund und Kommunisten) bei 5 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen angenommen.

Darauf begründet Abg. v. Au seine förmliche Anfrage betr. Maßnahmen gegen die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete des

Wohnungswesens.

Es sei nichts geschehen, um dem Verfall der alten Häuser zu begegnen. Arbeitsminister Dr. Engler erwidert, daß Herr v. Au die seit November erfolgten Maßnahmen völlig ignoriert habe. Es sei festzustellen, daß der Hausbesitzer heute für Verschönerung der Wohnung nichts ausgibt. Daraus könne ihm gar kein Vorwurf gemacht werden. Was er jetzt bekommt, dürfte aber ausreichen, um sein Anwesen instandzusetzen. Unerbört sei der Vorwurf, daß er, der Minister, sich bei seinen Anordnungen von Parteirücksichten leiten lasse. Er werde von den seinerseits für richtig gehaltenen Wege nicht abweichen. Damit auch der Hausbesitzer seine Anteil erhält, sei vom Arbeitsministerium beabsichtigt, daß, sobald die Sondersteuer auf den Grundbesitz Gesetz sein wird, die Mieten nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse der anderen Bevölkerungsklassen erhöht werden.

Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

Abg. Bod (Komm.) erhält das Wort zur Begründung der förmlichen Anfrage betr. die Zahl und Ursachen von

politischen Inhaftierungen und Schußhaft in Baden

Er schildert eingehend den Wirtschaftskampf im Biesental im letzten Spätjahr. Hier habe es sich nicht um eine kommunistische Parteilinie, sondern um ein auch von anderer Seite anerkanntes Kampfenloß gehandelt. Das Schupoangebot im September zu Vorrat mußte aufreißend wirken und die Opfer seien keineswegs auf das Konto Bod zu setzen. Der Redner erklärt, daß ihm und Frau Unger während der Untersuchungshaft seitens des Gefängnispersonals eine durchaus anständige Behandlung zuteil wurde. Die Art jedoch, wie die Justizorgane vorgehen, sei eine fortgesetzte organisierte Quälerei gewesen. Er macht dazu längere Ausführungen und schließt: Wir ersuchen den Tag herbei, wo wir die Quittung geben können.

Abg. Frau Unger (Komm.) begründet die förmliche Anfrage betr.

die Ausbeutung des Mittel- und Arbeiterstandes.

Die Arbeiterbewegung im Winter 1923/24 und die Stilllegung und Arbeiterausperrungen einzelner Betriebe. Sie legt ihren Ausführungen die Lohnkämpfe und die sich aufschiebenden Osterberurteilungen in der Lahrer Gegend zugrunde, die eine Folge deutschvölkischer Antipathie gewesen seien. Die Rednerin tadelt das Verhalten der Schupo und Gendarmen in jenen Tagen und gebraucht dabei wiederholt Ausdrücke, die vom Präsidenten gerügt werden. Sie bringt Fälle zur Sprache zum Beweise dafür, daß man ausgiebig vom Krüppel Gebrauch gemacht habe.

Für das Ministerium des Innern antwortete der Regierungsrat Dr. Ward. Seit Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes sind Schußhaftbefehle nicht bekannt geworden. Wie viel Schußhaftlinge es vordem gegeben hat, entgeht sich der Kenntnis des Ministeriums, da für solche Maßnahmen der militärische Befehlshaber zuständig war. Die Regierung hat sich zurzeit der Inflation fortgesetzt bemüht, das Los der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Schaffung wertvoller Zahlungsmittel zu erleichtern, sie führte den Baden-Dollar ein. Den Kampf gegen übermäßige Gewinne oblag den Preisprüfungsstellen. Die Lohnverhandlungen im Textilgewerbe sind durch die Kommunisten gestört worden, die sich nichts um die Gewerkschaften kümmern.

Justizminister Trunk erklärt, daß von einer Korrektur der Freiurger Urteile keine Rede sei. Es handle sich lediglich um Einmaligkeit. Das Hochverratsverfahren sei Sache des Reiches und der badische Justizminister habe darauf keinen Einfluß. Er würde sich auch ohne dieses hüten, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Dem Abg. Bod danke ich für das gerechte Urteil über die Gefängnisbeamten. Es scheie allerdings in stammendem Widerspruch zu den kürzlichen Ausführungen des Abg. Ritter. Der Minister geht dann auf die einzelnen Beschwerden ein und kommt zu dem Schluß, daß die badischen Justizorgane gewissenhaft und korrekt vorgehen. Die von der Abg. Frau Unger vorgebrachten Ausführungen der Schupo können sich nur auf den Ruppert Fall beziehen. Die Justizverwaltung und das Ministerium des Innern haben alles Interesse daran, daß die Sache demnächst gerichtlich gelöst und die etwaigen Schuldigen gebührend bestraft würden. Im übrigen hat sich bei den Kommunistenprozessen kein belastendes Moment gegen die Schupo und Gendarmen ergeben.

Generalstaatsanwalt Dr. Gahner äußert sich über den unklaren Begriff „politischer Gefangener“. Es sei dem Minister unmöglich, hierüber die gewünschten Auskünfte zu geben.

Arbeitsminister Dr. Engler rechtfertigt die Haltung der Regierung bei den Lahrer Vorgängen. Nach wie habe der badische Staat in Lohnkämpfen keine Nachmittel eingesetzt, es sei denn, daß man versuchte, seine Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Was in Lahrer geschah, sollte ein Schlag gegen die Gewerkschaftsaktivität sein. Betriebsstilllegungen haben bei uns glücklicherweise nicht in den befürchteten Umfang zugenommen. Auch in dieser Beziehung hat die Regierung ihre Pflicht erfüllt.

Eine Aussprache knüpft sich auch an die kommunistischen Anfragen nicht.

Es folgt die Erledigung einer großen Reihe von Gesuchen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Es bleibt dem Präsidenten überlassen, die nächste Sitzung festzusetzen. Schluß 10 Uhr.

Die Landkrankenassen

Der Landbund stellte den Antrag, die Regierung zu ersuchen, Erhebungen über die prozentualen Ausgaben bei den Krankenassen über Verwaltung, Ärzte, Medizin etc. zu machen. In der Sitzung des Rechtspflegeausschusses vom 16. Mai wurde dieser Antrag behandelt. Ein Landbundesvertreter begründete ihn, indem er als Notiz zu demselben die Errichtung von Landkrankenassen bezeichnete; es sollte aber vor allem festgestellt werden, ob nicht die Verwaltungskosten in einem zu großen Mißverhältnis zu den eigentlichen Ausgaben der Krankenassen stehen.

Der Berichterstatter Abg. Stof (Soz.) gab eine Übersicht über den Umfang des Aufgabekreises der Krankenassen. An Hand eines Beispiels einer einzelnen Kasse vom I. Quartal 1924 gab er den prozentualen Anteil der einzelnen Ausgabenpositionen bekannt. Es konnte besonders festgestellt werden, daß die Ausgaben für Ärzte hoch figurieren und daher die vielfach verbreitete Ansicht, daß die Ärzte zu schlecht bezahlt und demgegenüber die Verwaltungskosten zu hoch sind, hinlänglich ist.

Der Berichterstatter glaubt, daß man den Krankenassen einen großen Dienst leistet, wenn man die vom Landbund geforderten Erhebungen macht und veröffentlicht. Mit der Schaffung von Landkrankenassen könne die Krankenversicherung nicht gefördert werden. Diese Kassenart hat ebenso Verwaltungskosten und die gleichen Verpflichtungen wie die Ortskrankenassen. Mit Einführung der Reichsversicherungsordnung habe die große Regierung schon für Baden die Landkrankenassen abgelehnt. Der Landbund bezweife mit der Errichtung solcher Kassen eine Rückwärtsbewegung der Krankenversicherung in Baden. Der Berichterstatter stellt den Antrag: Die Regierung wird ersucht, bei den Orts- und Inanspruchnahmen Erhebungen über sämtliche Ausgabenpositionen vom I. Quartal 1924 zu machen.

Ein Zentrumvertreter stellt sich auf den Standpunkt des Berichterstatters und macht Vergleiche zwischen Orts- und Landkrankenassen, soweit letztere in anderen Reichsgebieten bestehen, in Bezug auf die Verwaltungskosten, die zum Nachteile der letzteren Kassen ausfallen. Das Versicherungsrisiko bei der landwirtschaftlichen Arbeiterversicherung ist größer, wie bei der gewerblichen. Das Material des Berichterstatters ergab, daß die Arztonorare den bedeutendsten Anteil an den Ausgaben der Krankenassen haben; trotzdem fordern die Ärzte wieder eine Erhöhung um 33 1/2%. Im übrigen schloß er sich dem Antrag des Berichterstatters an.

Der sozialdemokratische Redner wendet sich ebenfalls gegen Landkrankenassen. Die Zersplitterung der Krankenversicherung ist schon zu ihrem Nachteil so groß, daß durch eine weitere Zersplitterung noch größere Verschlechterung eintritt.

Unter der Bedingung der vorzutragenden Tatsachen mußte der Landbundesvertreter selbst zugeben, daß viele Rückwürfe gegen die Ortskrankenassen in ein nichts zusammenfallendes; der Antrag des Landbundes sei um deswillen schon notwendig gewesen.

Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen.

Anträge

Das Zentrum hat im Landtag einen Antrag zum Steuerwesen eingebracht. Es wird u. a. verlangt: Veranlagung zur Steuer vom Grundvermögen nach dem Ertragswert, steuerliche Vereinfachung in dem Sinne, daß für die kleineren und mittleren gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe, die Einkommens-, Vermögens- und Umsatzsteuer in eine einheitliche Steuer umgewandelt werden, weitergehende Berücksichtigung der sozialen Momente (insbesondere der Kinderzahl) bei der Steuererhebung, Anpassung der Zahlungsziele für Gewerbe und Landwirtschaft an die Wirtschaftsverhältnisse, angemessene Erweiterung der Zahlungsfristen und endlich Abschaffung der dritten Steuernabgrenzung, namentlich hinsichtlich der Aufstellung der Nachrechnung von Kurzdifferenzen bei Landabgabenzahlungen vom Jahre 1923. Das Zentrum hat ferner förmliche Anfragen eingebracht, welche die Streunot der mittleren und kleineren Landwirte in verschiedenen Gegenden Badens und die Gefährdung der badischen Kleinrentner durch Maßnahmen der Reichsmonopolverwaltung zum Gegenstand haben.

Ein kommunistischer Antrag betrifft das Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland.

Die Demokraten wünschen unzugänglich eine Überbrückung über die erfolgten Abbaumaßnahmen und den erzielten Spareffekt. Der Landbund stellt den Antrag auf Befreiung der Landwirtschaft von der Mittelaufbringung von der Erwerbslosenfürsorge.

Ein unerhörter Vorwurf

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In Nummer 88 der in München erscheinenden „Großdeutschen Zeitung“ vom 16. Mai wird der badischen Regierung, insbesondere dem Innenminister, der Vorwurf gemacht, mit Frankreich einen Geheimvertrag abgeschlossen zu haben, nach welchem die Verfolgung von vaterländischen Organisationen zugesagt sei. Diese Meldung ist von A bis Z erfunden. Gegen die genannte Zeitung ist Strafantrag gestellt worden. Auch die sonst in der Presse wegen der Vorgänge in Heidelberg und Mannheim veröffentlichten Kombinationen entsprechen nicht den Tatsachen.

Zum Fall Bergdoll

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Im Zusammenhang mit der Vergnügung der bei dem Überfall auf den Deutsch-Amerikaner Bergdoll vom August v. J. Beteiligten hat nunmehr die amerikanische Regierung den deutschen Juristen Friedrich Wilhelm Bisschhoff, der während des Weltkrieges wegen feindlicher Handlungen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, begnadigt. Bisschhoff hat sich am 13. d. M. nach Deutschland eingeschifft.

Badischer Städtebund (Verband der mittleren Städte)

Der weitere Ausschuß des badischen Städtebundes hielt in der vergangenen Woche eine Sitzung ab. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf über eine außerordentliche Steuer von den bebauten Grundstücken Mittelsteuer.

Wie der badische Städteverband lehnt auch der badische Städtebund die in dem Entwurf vorgesehene Befreiung der land- und forstwirtschaftlichen, sowie der gärtnerischen Gebäude von der Steuer einmütig ab. Er würde in der Befreiung eine Bevorzugung erblicken, die in keiner Weise gerechtfertigt werden kann. Auch die Durchführung der Befreiungsvorschrift würde zu großen Schwierigkeiten und außerordentlichen Ungerechtigkeiten führen. Der in dem Entwurf vorgesehene Steuerfuß ist zu hoch. Der Steuerfuß muß je nach der Höhe des Satzes der gesetzlichen Mieten jeweils so bestimmt werden, daß dem Hauseigentümer von dem Netto-

ertrag des Gebäudes ein ausreichender Teil verbleibt. Der Städtebund verspricht sich von einer solchen Regelung einen Anreiz zum Bauen und eine erhebliche Steigerung der privaten Bautätigkeit. Der Gemeindevorstand an der Steuer muß wesentlich höher angesetzt werden, als im Entwurf vorgesehen, wenn die Gemeinden in der Lage sein sollen, die Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Wohlfahrtspflege, die in der Hauptsache aus der neuen Steuer bezahlt werden sollen, zu erfüllen.

Die Vollzugsverordnung zu den Reichs- und Landesgesetzen über die Jugendwohlfahrt wird durchgesprochen und der Vertreter des Städtebundes für den Landesbeirat bei dem Landesjugendamt gewählt. Bedenken gegen die umfangreiche Verordnung werden im allgemeinen nicht erhoben. Neben anderen minder wichtigen Angelegenheiten wird schließlich noch die Lage und Organisation der Gemeindeparteien eingehend erörtert.

Der 39. Verbandstag des Badischen Gastwirteverbandes

in Mannheim nahm am Donnerstag den 14. Mai den Jahresbericht des Verbandsleiters Erhardt entgegen. Der Verband zählt gegenwärtig 65 Vereine mit 1779 Mitgliedern. Nach Entlastung des Kassiers wird in die Weiterberatung der Anträge eingetreten.

Der Ortsverein Freiburg beantragte, bei der Regierung Aufklärung darüber zu verlangen, wie es komme, daß es ein Verbrechen ist, wenn Verbrauchswirte ausländische Weine oder Flaschenweine verkaufen, während Spezererhändler, Kaufleute und Bäder Flaschenweine, Flaschenbier, offene Weine und Roste ohne Konzession verkaufen dürfen. Spirituosen sollten nur verkauft werden dürfen durch Veräußerer, die Konzession haben. Ferner möchte die Verbandsleitung dahin wirken, daß alle Wirte als Verbraucher eingetragen werden. Ein Antrag Pforzheim, der mit dem vorstehenden Antrag zusammen beraten wird, will das gleiche. Die Anträge werden nach längerer Aussprache einstimmig angenommen.

Für die Befreiung der Meldepflicht der weiblichen Angestellten im Gastwirtsberuf sprach sich ein Antrag Pforzheim aus. Ein weiterer Antrag Pforzheim forderte, bei der Reichsregierung für die Abschaffung des Schankstättengesetzes einzutreten, sowie auf die daraus entstehenden Strafen, die durch die Staatsanwaltschaft und Amtsgerichte verhängt werden. Die beiden Anträge werden dem Deutschen Gastwirteverband zur Weiterbehandlung überwiesen. Ein Antrag Freiburg, bei dem Badischen Brauerverband dahin zu wirken, daß die Pachterträge, welche die Brauereien in letzter Zeit vorlegen, in ein erträgliches Maß umgewandelt werden, und ein Antrag Mannheim, daß bei den Pachtzahlungen an die Brauereien die prozentualen Zuschläge, die außer der Pachtschuld in Ansatz gebracht werden, in Wegfall kommen, werden zusammen behandelt und nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Walden-Baden-Baden bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, bei dem Mittelbadischen Brauerverband Schritte zu tun, daß die Bierpreise einheitlich im ganzen Lande durchgeführt werden, da bis heute Ober- und Unterbaden, sowie die Münchener Brauereien keine Bierpreisgleichheit haben, auch dahin zu wirken, daß die badischen Brauereien nicht den Münchenern vorzuziehen. Ein Zusatzantrag Würth-Mannheim wünscht, daß von allen Verbandsvereinen gegen das unbedingte Vorgehen der Brauereien Front gemacht wird. In der Aussprache fallen scharfe Worte gegen die Brauereien, die in Mittelbaden den Bierpreis am Montag erhöht haben. Man suche, so wird u. a. ausgeführt, vergeblich nach den Gründen für diese Erhöhung. Der Dringlichkeitsantrag wird angenommen.

Anträge auf obligatorischen Bezug der Verbandszeitung finden einstimmige Annahme; ebenso Anträge auf Ausbau der inneren Organisation des deutschen Gastwirtsberufes.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, einen Syndikus anzustellen. In Konsequenz dieses Beschlusses und desjenigen bezüglich der Verbandszeitung wird der vierteljährliche Beitrag auf 2 M. festgesetzt.

Der nächste Verbandstag wird 1925 in St. Blasien abgehalten. Der Ortsverein Billingen drang mit seinem Antrag nicht durch, weil St. Blasien schon zweimal vergeblich sich bemüht hat, die Tagung dorthin zu bekommen. Der zweite Verbandsvorsitzende Reichert machte noch auf die demnächstige Tagung des Deutschen Gastwirteverbandes in Karlsruhe, mit dem eine Ausstellung verbunden ist, aufmerksam. 5000 Teilnehmer werden hierzu erwartet.

Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Badens

hielt dieser Tage in Hebelberg seine 5. Genossenschaftstagung ab. Verbandsdirektor Dr. Schön gab den Jahresbericht. Die Zahl der Mitglieds-genossenschaften und Vereine ist von 1050 auf 1205 angewachsen. Eine Anpassung der Milchpreise an die Geldentwertung sei nicht zu erreichen gewesen. Die Folge davon war schlechte Ablieferung, also Verschlechterung der Milchversorgung. Durch die Einführung der Rentenmark haben sich hier die Verhältnisse wesentlich gebessert. Das Jahr 1923 war, alles in allem, ein Jahr schwerer Arbeit unter den ungünstigsten Verhältnissen. Die kommende Zeit stellt große Aufgaben. Durch Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wollen die Genossenschaften das schwere Los der Landbevölkerung erleichtern, ihre wirtschaftliche, geistige und sittliche Wohlfahrt fördern.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Jochenheim, 16. Mai. Die Gewerbe- und Landmaschinen-Ausstellung, die vom 7. bis 15. Juni hier stattfinden, macht in ihren Vorbereitungen erfreuliche Fortschritte. Es haben sich bereits über 100 ausstellende Firmen angemeldet, außerdem sämtliche Jugendgenossenschaften Badens zur Viehprämierung. In drei großen, vollkommen geschlossenen Holzhallen werden die Ausstellungsobjekte der Industrie- und Handelsfirmen zur Schau gestellt. Besondere Bedeutung hat die Ausstellung durch einen Trachtenzug, der am Schlußtag der Ausstellung abgehalten werden soll, und bei dem die Gemeinden Zell a. S., Eduttenwald, Altenheim und insbesondere auch das Markgräflerland vertreten sein werden.

D. J. Riedlingen (Amt Röttach), 16. Mai. Seit einigen Tagen ist hier die Schafreue ausgebrochen. Es sind bereits Vorsichtsmaßregeln zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung getroffen.

Gute Stimmung

Im ganzen Hause durch Pfeiffer & Diller's Kaffee-Essen. Sie ist unerreicht ausgiebig, dabei spartam und ausgezeichnet rein von Geschmack. Der Kaffee wird mit ihm am reinsten.

Silberpaket 30 Pf., Dose 40 Pf. in allen Geschäften.

